



Büro des Landrats	Vorlagenart	Vorlagennummer
Verantwortlich: Voltmann-Hummel, Inge Datum: 25.05.2023	Antrag	2023/206
Öffentlichkeitsstatus: öffentlich		

Beratungsgegenstand:

Antrag der SPD Fraktion vom 25.05.2023 zu Thema "Inklusiv denken - alle mitnehmen!"

Produkt/e:

311-300 Eingliederungshilfe für behinderte Menschen
111-110 Büro des Landrats

Beratungsfolge

Status	Datum	Gremium
N	05.06.2023	Kreisausschuss
Ö	08.06.2023	Kreistag

Anlage/n:

Originalantrag

Beschlussvorschlag Antragsteller:

Die Verwaltung des Landkreises Lüneburg wird aufgefordert, einen Inklusionsprozess in Gang zu setzen, der sich am Beispiel des Prozesses der Stadt Oldenburg orientiert und die Erarbeitung eines Aktionsplanes zur Umsetzung der Behindertenrechtskonvention zum Ziel hat.

Dabei geht es nicht nur um schulische Inklusion, sondern um die Grundlagen für Inklusion in der Gesellschaft und die inklusive Ausrichtung der Verwaltung.

Zur Koordinierung der vielfältigen Aufgaben sollte das Bildungsbüro entsprechend verstärkt werden.

Sachlage:

Bereits 2009 hat sich Deutschland mit der Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention verpflichtet, in allen Institutionen Voraussetzungen für eine inklusive Gesellschaft zu schaffen. Es hat sich gezeigt, dass dies aber nur dann gelingen kann, wenn Inklusion als Querschnittsaufgabe des kommunalen Handelns gesehen wird.

Es braucht ein inklusionsfreudiges Klima und alle Entscheidungen des Kreistages, aber auch der Verwaltung sollten sich zukünftig an einer inklusiven Ausgestaltung der kommunalen Strukturen orientieren.

Dabei darf sich Inklusion nicht nur auf die bloße Eingliederung von Menschen mit Behinderungen beziehen. Bestehende Strukturen müssen so verändert werden, dass sie unterschiedlichen menschlichen Lebenslagen gerecht werden. Dazu sind Respekt und Wertschätzung gegenüber allen Menschen und ihrer Vielfalt nötig. Mit dem Kompass Inklusion liegt dem Landkreis bereits eine Aufstellung für den schulischen Inklusionsprozess vor, der als ein Teilbaustein genutzt werden kann, aber entsprechend in einem demokratischen Prozess erweitert werden muss.

Gerade auch mit Blick auf die anstehenden Planungen im Verkehrsbereich, ist es wichtig, auf Augenhöhe mit den Menschen und ihren vielfältigen Hintergründen und Erfahrungen zu agieren.

Es ist nötig, sich ständig zu vergewissern, ob tatsächlich an alle gedacht wurde.

Der Oldenburger Inklusionsprozess hat folgende Eckpfeiler, die auch für unsere Region gelten sollten:

1. Inklusion geht alle an: Wir alle sind vielfältig!
2. Inklusion ist eine Handlungsfrage: Ist die Teilhabe aller gesichert?
3. Inklusion braucht Augenhöhe: Nicht ohne uns über uns!
4. Inklusion ist ein fortwährender (Lern)Prozess!

SPD-Fraktion
Auf dem Meere 14/15
21335 Lüneburg

Landkreis Lüneburg
Herrn Landrat Jens Böther
Auf dem Michaeliskloster 4
21310 Lüneburg

Lüneburg, den 25. Mai 2023

Antrag zur Sitzung des Kreistages am 08. Juni 2023

Sehr geehrter Herr Landrat Böther,
zur o.a. Sitzung des Kreistages stellt die SPD-Fraktion folgenden Antrag:

„Inklusiv denken – alle mitnehmen“ Landkreis Lüneburg für eine inklusive Gesellschaft

Die Verwaltung des Landkreises Lüneburg wird aufgefordert, einen Inklusionsprozess in Gang zu setzen, der sich am Beispiel des Prozesses der Stadt Oldenburg orientiert und die Erarbeitung eines Aktionsplanes zur Umsetzung der Behindertenrechtskonvention zum Ziel hat.

Dabei geht es nicht nur um schulische Inklusion, sondern um die Grundlagen für Inklusion in der Gesellschaft und die inklusive Ausrichtung der Verwaltung. Zur Koordinierung der vielfältigen Aufgaben sollte das Bildungsbüro entsprechend verstärkt werden.

Begründung:

Bereits 2009 hat sich Deutschland mit der Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention verpflichtet, in allen Institutionen Voraussetzungen für eine inklusive Gesellschaft zu schaffen.

Es hat sich gezeigt, dass dies aber nur dann gelingen kann, wenn Inklusion als Querschnittsaufgabe des kommunalen Handelns gesehen wird.

Es braucht ein inklusionsfreudiges Klima und alle Entscheidungen des Kreistages, aber auch der Verwaltung sollten sich zukünftig an einer inklusiven Ausgestaltung der kommunalen Strukturen orientieren.

Dabei darf sich Inklusion nicht nur auf die bloße Eingliederung von Menschen mit Behinderungen beziehen. Bestehende Strukturen müssen so verändert werden, dass sie unterschiedlichen menschlichen Lebenslagen gerecht werden. Dazu sind Respekt und Wertschätzung gegenüber allen Menschen und ihrer Vielfalt nötig. Mit dem Kompass Inklusion liegt dem Landkreis bereits eine Aufstellung für den schulischen Inklusionsprozess vor, der als ein Teilbaustein genutzt werden kann, aber entsprechend in einem demokratischen Prozess erweitert werden muss.

Gerade auch mit Blick auf die anstehenden Planungen im Verkehrsbereich, ist es wichtig, auf Augenhöhe mit den Menschen und ihren vielfältigen Hintergründen und Erfahrungen zu agieren.

Es ist nötig, sich ständig zu vergewissern, ob tatsächlich an alle gedacht wurde.

Der Oldenburger Inklusionsprozess hat folgende Eckpfeiler, die auch für unsere Region gelten sollten:

1. Inklusion geht alle an: Wir alle sind vielfältig!
2. Inklusion ist eine Handlungsfrage: Ist die Teilhabe aller gesichert?
3. Inklusion braucht Augenhöhe: Nicht ohne uns über uns!
4. Inklusion ist ein fortwährender (Lern)Prozess!

Mit freundlichen Grüßen



Brigitte Mertz
Stv. Fraktionsvorsitzende